

Richard von Weizsäckers Rede am 8. Mai 1985 markiert in der allgemeinen Vorstellung den Moment, in dem die Haltung der Westdeutschen zu ihrer jüngsten Geschichte umschlug. Im Prinzip vollzog er öffentlich die Wende vom Beschweigen und Leugnen zur Thematisierung der deutschen Verbrechen. Allerdings setzte seine offiziöse Neuorientierung eine Verschiebung der deutschen Stellung in der Geschichte voraus. Die bisherige Täterrolle wurde durch eine diffus antifaschistisch anmutende Ideologie relativiert, ausgedrückt in der Umdeutung der bisher als Katastrophe verstandenen deutschen Niederlage zur Befreiung der Deutschen.

Während seinem politischen Milieu die Distanz zum Nazismus in vielerlei Hinsicht fehlte und es deshalb bestrebt war, der Welt weiszumachen, das »eigentliche« Deutschland habe mit den nazistischen Verbrechen nichts zu tun, machte Weizsäcker eben diese Distanz zum Ausgangspunkt seiner Geschichtsbetrachtung. Die BRD trat auf die

politischen Gremien lange verweigerte Gelder zur Entwicklung der Gedenkstätte, was unter anderem zur Korrektur horrender Auslassungen und Fehler beitrug. So hatte man etwa 1965 die Zahl der im KZ Neuen-gamme ermordeten Menschen auf einer Gedenkplatte statt mit 55.000 Menschen mit 5.500 angegeben, was erst auf Grund der Intervention von Häftlingsorganisationen korrigiert wurde.

Allerdings stießen diese Änderungen nicht nur auf Zustimmung. Antifaschistische Organisationen und Initiativen, die sich immer schon für eine angemessene Geschichts- und Erinnerungspolitik eingesetzt hatten, kritisierten etwa den vordergründigen Charakter des Vorstoßes. Sie forderten – von der Rehabilitation und Entschädigung der NS-Verfolgten bis zur Kritik am Gewährenlassen der Neonazis – einen grundsätzlichen Neuanfang in der Haltung gegenüber der Nazi-Herrschaft und ihren Folgen. Auch auf Bundesebene gab es Widerspruch. So war Weizäckers Rede aus verschiedenen Gründen umstritten. Die erste Bundestagsfrak-

waren der Auftrag, ein Museum für deutsche Geschichte zu konzipieren, oder die Neuausrichtung der Berliner Neuen Wache an der Straße Unter den Linden, zu DDR-Zeiten als Mahnmahl für die Opfer von Faschismus und Krieg gestaltet, zur zentralen Gedenkstätte für die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft. Die klagende Käthe-Kollwitz-Skulptur »Mutter mit totem Sohn« in ihrem Zentrum wurde unter diesen Vorzeichen zum nivellierenden Symbol für allgemeines menschliches Leid und zielte auf die Normalisierung des Geschichtsbruchs, während der Begriff Gewaltherrschaft zugleich alle nicht der westlichen Demokratie entsprechenden politischen Systeme einer impliziten grundsätzlichen Kritik unterwarf.

Der Versuch, das darin sich manifestierende Geschichtsverständnis auf die politische Praxis zu übertragen, scheiterte damals spektakulär. Anlässlich des Deutschlandbesuchs des US-Präsidenten Ronald Reagan geriet der als Symbol der Versöhnung vorgesehene Programmpunkt eines gemeinsamen Rundgangs der beiden Regierungschefs über

Seitenwechsel

Wie und zu welchem Zweck Deutschland seit dem Ende der achtziger Jahre an die NS-Verbrechen erinnert. Von Rolf Surmann

Seite der Guten über. Er wurde damit zur Symbolfigur der »fortschrittlichen« (west-)deutschen Erinnerungspolitik.

Allerdings war sein Auftritt keinesfalls singulär. Zuvor hatte es bereits regional geprägte Ansätze gegeben wie etwa den des damaligen Hamburger Bürgermeisters Klaus von Dohnanyi, der unter dem Motto »Es ist Zeit für die ganze Wahrheit« eine »Hamburger Initiative« ins Leben rief, die »ganze Wahrheit« aber dann doch nicht öffentlich zu machen wagte und schließlich den Profilierungsversuch blamiert abbrach.

Im Zuge der Neuorientierung wurden nicht nur weitere Erinnerungsstätten genehmigt wie in Hamburg etwa die zur Bücherverbrennung, sondern man gestaltete auch bestehende Memorialorte um. So kündigte der Hamburger Senat die Mietverträge für die gewerbliche Nutzung von Gebäuden des ehemaligen KZ Neuengamme, und selbst die auf diesem Gelände errichtete Justizvollzugsanstalt, zunächst als demokratisches Gegenstück zum nazistischen KZ-System gepriesen, bekam irgendwann einen anderen Standort zugeteilt. Nicht zuletzt bewilligten

tion der Grünen zum Beispiel lehnte eine Teilnahme an der Gedenkstunde des Bundestags ab, zu der diese Rede gehörte, und reiste statt dessen zum Gedenken nach Auschwitz als originärem Ort der deutschen Verbrechen.

Ein in diesem Zusammenhang relevanter zweiter offiziöser erinnerungspolitischer Ansatz ist fast in Vergessenheit geraten. Es ist die unter nationalen Vorzeichen konzipierte Geschichtspolitik des damaligen Bundeskanzlers Helmut Kohl, für deren Intentionen die Formulierung des Historikers und Kohl-Beraters Michael Stürmer steht, die Zukunft gewinne, »wer die Erinnerung füllt, die Begriffe prägt und die Vergangenheit deutet«. An dieser Formulierung ist zwar der instrumentelle Charakter des Vorhabens erkennbar, aber sie markiert eben auch die Intention einer Abkehr von der bisherigen defensiven Geschichtsvergessenheit.

Angesichts der veränderten Stellung der BRD in der Welt ist sie natürlich mit der Absicht verbunden, ein Geschichtsbild nach deutschen Interessen zu entwerfen. Bekannt Entscheidungen vor diesem Hintergrund

den Soldatenfriedhof in Bitburg, auf dem auch Mitglieder der Waffen-SS begraben sind, zu einem internationalen Skandal. Heute kommt diese Geschichtssicht in programmatischen Rekonstruktionen wie der Garnisonkirche in Potsdam und dem Berliner Schloss zum Ausdruck. Die Trägerschaft für solche Vorhaben reicht bekanntlich über die »Mitte« hinaus weit ins rechte Spektrum hinein.

Befreiung von der Last der Geschichte

Mochten Kohls Normalisierungsbestrebung und Weizäckers Abspaltungskonzept auch zwei Aspekte eines veränderten deutschen Blicks auf die Geschichte markieren, unmittelbar wirkmächtig wurden sie zunächst nicht. Dazu bedurfte es des weltpolitisch bedeutsamen Endes des Kalten Kriegs und der Auflösung des »Ostblocks«. Sie führten zu einer Umstrukturierung Europas, deren Ausgangspunkt die Neubestimmung der Rolle Deutschlands als formeller Abschluss des Zweiten Weltkriegs war. Bei den entsprechenden Verhandlungen zwischen den vier

Siegermächten und den beiden deutschen Staaten standen die Erlangung der vollen deutschen Souveränität und die Anerkennung der Grenzen im Mittelpunkt. Die Alliierten verzichteten auf ihre letzten Vorbehaltsrechte, die im Potsdamer Abkommen festgelegt worden waren, und die BRD erkannte die Westgrenze Polens als völkerrechtlich verbindlich an. Zugleich wurden damit Voraussetzungen für die Integration der DDR in den BRD-Machtbereich geschaffen.

Das offizielle Ende des Zweiten Weltkriegs wurde zugleich zum Schlusspunkt unter die jüngste Geschichte Deutschlands. Denn obwohl explizit nicht thematisiert, waren mit diesen Beschlüssen auch grundlegende Konsequenzen für die Regelung der historischen Schuld und damit einhergehend des deutschen Geschichtsverständnisses verbunden. Dies kam allerdings nicht in den Vertragspassagen selbst zum Ausdruck, sondern zeigte sich eher indirekt, nicht zuletzt im Namen des Vertrags.

Wer erwartet hatte, dass auch der Zweite Weltkrieg wie üblich und eigentlich auch vorgesehen durch den Abschluss eines Friedensvertrags beendet werden würde, wurde überrascht. Denn tatsächlich schloss man am 12. September 1990 in Moskau lediglich einen »Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland«, nach den beiden Teilnehmergruppen »Zwei-plus-Vier-Vertrag« genannt. Er galt, wortreich gerechtfertigt, lediglich als Ersatz oder Äquivalent für einen Friedensvertrag.

Aber warum wurde der Zweite Weltkrieg nicht mit einem Friedensvertrag abgeschlossen? Die Antwort auf diese Frage verweist auf den Kern deutscher Geschichtspolitik.

Wer sich den Verlauf der westdeutschen Nachkriegspolitik genauer ansieht, wird über die Antwort nicht erstaunt sein. Denn über die Jahrzehnte zieht sich das Bemühen, die Verantwortung für die finanziellen und materiellen Konsequenzen der deutschen Verbrechen nicht tragen zu müssen. Das umfasste in erster Linie die Bereiche Reparationen, individuelle Entschädigung der NS-Opfer und Restitution der geraubten Güter bzw. Entschädigungszahlungen für deren Zerstörung und Verlust. Diese Strategie ging allerdings nicht immer auf. So hatten die west-

lichen Alliierten als Voraussetzung für die Aufgabe eines großen Teils ihrer Herrschaftsrechte im 1952 ausgehandelten Deutschland-Vertrag zur Voraussetzung gemacht, dass die BRD ein bundesweites Entschädigungsgesetz verabschiedet, mit dem sie sich zu Entschädigungszahlungen für wesentliche NS-Verbrechen verpflichtet. Zwar rühmen sich der deutsche Staat und die deutsche Gesellschaft bis heute, diese Bedingung erfüllt zu haben, doch hatte selbst dieser Oktroy zwei Grundfehler: Nichtdeutsche NS-Verfolgte waren von der Regelung grundsätzlich ausgeschlossen, was unter anderem dazu führte, dass in Israel lebende Juden vor deutschen Beamten per Sprachtest ihre Zugehörigkeit zum deut-

nomischen Lasten befreite und wieder kreditfähig machte. Deshalb fand 1952 in London eine Schuldenkonferenz statt. Deren zentrales Ergebnis war, dass die aus den Verlusten und Schäden des Zweiten Weltkriegs resultierenden Schulden gestundet wurden und erst bei Abschluss eines Friedensvertrags fällig werden würden. Damit war eine Voraussetzung für den Aufstieg der BRD im Rahmen des Kalten Kriegs gegeben. Zwar gab es im Anschluss an diese Entscheidung von einzelnen Staaten geführte Auseinandersetzungen, doch gelang der Bundesregierung mit den folgenden Westverträgen eine gewisse Eindämmung dieser Forderungen, die jedoch ihrerseits wieder auf eine spätere end-



Die Vergangenheit deuten, die Zukunft gewinnen: US-Präsident Reagan (mit Ehefrau Nancy) und Bundeskanzler Kohl (mit Ehefrau Hannelore) beim Rundgang über den Soldatenfriedhof in Bitburg, Mai 1985

schen Kulturkreis nachweisen mussten, um anspruchsberechtigt zu sein. Außerdem durchzog die gesamte Geschichte der BRD – mit den sogenannten »Vergessenen Opfern« im Mittelpunkt – die Auseinandersetzung darüber, welche NS-Verbrechen zu entschädigen seien.

Doch war der Regierung e Adenauer in zukunftssträchtiger Erfolg gelungen. Als es Anfang der fünfziger Jahre um die Eingliederung der BRD in die westlichen militärischen und wirtschaftlichen Strukturen ging, war ihre Integration in die Weltwirtschaft dafür eine ökonomische Voraussetzung. Zu diesem Zweck benötigte man allerdings eine Schuldenregelung, die die BRD von den aus dem Zweiten Weltkrieg resultierenden öko-

gültige Regelung verwiesen. Seitdem hat die Bundesregierung alle weiteren Forderungen mit der Begründung abgelehnt, sie seien erst mit dem Abschluss eines »echten« Friedensvertrags verhandelbar. Ein solcher würde den westdeutschen Staat also mit einem riesigen Schuldenberg konfrontieren.

Es überrascht daher nicht, dass die westdeutsche Regierung alles daran setzte, den Eindruck zu vermeiden, beim »Zwei-plus-Vier-Vertrag« handle es sich um einen Friedensvertrag, mit dem der Zeitpunkt zur Begleichung der Schulden gegenüber dem überwiegenden Teil seiner Gläubiger gekommen sei. Sie beharrte darauf, dass der Friedensvertrag kein Friedensvertrag sei, und bemühte sich, diese Thematik aus den Verhandlun-

TERMINE

01.09. Lutherstadt Eisleben, 18 Uhr, Synagoge Eisleben, Lutherstraße 25: »Linke Jüdinnen und Juden in der Geschichte«; Diskussion und Vortrag mit Mario Kefler und Angelika Timm

01.09. Mönchengladbach, 18.30 Uhr, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Lüpertzender Straße 85: »Im Westen nichts Neues«; Filmvorführung zum Antikriegstag

02.09. Hamburg, 19.30 Uhr, Uebel & Gefährlich, Feldstraße 66: »Alles nur Einzelfälle?«; Lesung von Mohamed Amjahid

09.09. Hamburg, 19 Uhr, Jugend- und Stadtteilhaus Tesch, Max-Brauer-Allee 114: »Kriegstüchtig auf Kosten demokratischer Rechte?«; Vortrag und Diskussion mit Yannick Kiesel und Lisa Pfitzmann

13.09. Essen, 20 Uhr, Grend Theater, Westfalenstraße 311: »Liebe, Durst und Politik«; Lesung von Thomas Gsell im Rahmen der Projektreihe spread the word – Raum für Literatur

15.09. Stuttgart, 18.30 Uhr, Gewerkschaftshaus Stuttgart, Willi-Bleicher-Straße 20: »Antisemitismus und die AfD«; Vortrag und Diskussion mit Stefan Dietl

16.09. Dresden, 18 Uhr, Wir AG, Martin-Luther-Straße 21: »Linke Politik auf Insta, Tiktok & Co – aber wie?«; Workshop mit William Rambow

19./20.09. Aachen, 14.15/9.30 Uhr, Centrum für Antisemitismus- und Rassismusstudien, Robert-Schuman-Straße 25: »Antiziganismus – Rassismus – Antisemitismus«; Sommerakademie mit Vorlesungen von Stephan Grigat, Mathias Hagedorn, Katrin Henkelmann und anderen

20.09. Heidelberg, 19.30 Uhr, Kulturfenster, Kirchstraße 16: »Empirisch belegte Brötchen«; Gedichte und Lieder in überwiegend komischer Manier von Marco Tschirpke

20./21.09. Bremen, Associazione delle Talpe, St.-Pauli-Straße 10–12: »Friedrich Pollock. Ist der Nationalsozialismus eine neue Ordnung?«; Wochenendseminar mit Moritz Zeiler

25.09. Berlin, 19 Uhr, online: »Déjà-vu? Neue Suche nach alten Antworten«; Gespräch mit Ofer Waldman und Yael Kupferberg über Max Horkheimer und die Kritische Theorie als jüdische Philosophie

25.09. Düsseldorf, 19.30 Uhr, Buchhandlung BiBaBuZe, Aachener Straße 1: »Und damit kam die Angst. Der rechtsterroristische Anschlag am S-Bahnhof Düsseldorf-Wehrhahn«; Buchvorstellung der Herausgeber Sabine Reimann und Fabian Virchow

In dieser Rubrik werden kostenlos Veranstaltungshinweise veröffentlicht. Bitte die Termine bis zum Ersten des Vormonats mailen an redaktion@konkret-magazin.de

gen herauszuhalten – was ihr mit Unterstützung der USA auch gelang. Sie trieb ihre Vermeidungsstrategie nach dem Gelingen des Coups mit der provokanten Begründung auf die Spitze, die Zeit für die Begleichung der Schulden sei verstrichen, weil mit dem abgeschlossenen Vertrag alle den Zweiten Weltkrieg betreffenden Angelegenheiten geregelt worden seien. Kurz: Vor 1990 erklärte sie, es sei zu früh für eine Schuldenregelung, nach Vertragsabschluss behauptete sie, nun sei es dafür zu spät.

Diese Politik und die Schritte ihrer Durchführung wurden in voller Zufriedenheit weit vor Eintritt der offiziellen Veröffentlichungsfristen dokumentiert und publiziert. Bundesaußenminister Genscher fasste Inhalt und Zweck der Publikation mit dem Statement zusammen, die Begleichung dieser gewaltigen Schulden sei für Deutschland einfach nicht möglich gewesen. Ob das stimmt, sei dahingestellt. Jedenfalls hätte die BRD diesen Verpflichtungen nicht ohne wesentliche Änderungen ihrer Haushaltsplanung nachkommen können. Doch was hätte das angesichts der historischen Dimension der begangenen Verbrechen schon bedeutet? Welch schroffer Widerspruch liegt zudem zwischen dieser Geschichtspolitik und der unentwegten Zurschaustellung von Empathie mit den Opfern? Ob man sich nun die Kohl- oder die Weizsäcker-Variante des Erinnerungskonzepts ansieht, gemeinsam ist beiden, dass sie sich weigerten, Verantwortung für die Nazi-Verbrechen und ihre Folgen zu übernehmen und statt dessen allein am deutschen Wiederaufstieg interessiert blieben.

Die Wiedergutwerdung

Doch so einfach, wie die Bundesregierung zunächst glaubte, ließ sich die historische Verantwortung nicht abstreifen. Der Grund dafür waren die Herrschaftsvorstellungen der USA für die Zeit nach dem Kalten Krieg. Denn als Konsequenz aus dem vorläufigen Endsieg des Westens hielt man eine hegemonistische Neuausrichtung für notwendig, die über die alte Fixierung auf den Kommunismus hinauswies. Die damalige US-Außenministerin Madeleine Albright sprach zum Beispiel von der Notwendigkeit, unter den neuen weltpolitischen Bedingungen die Wertordnung der westlichen Politik weiterzuentwickeln.

Die Neuausrichtung begann mit einer Kampagne, die auf den ersten Blick mit dieser ideologischen Zielsetzung wenig zu tun hatte. Unter Leitsätzen wie »Aufarbeitung der nationalen Nachkriegsmythen« und dem nicht minder bedeutungsschweren Motto »Crusade for Justice« nahmen die USA erneut die Rolle einer Siegermacht nach dem Zweiten Weltkrieg ein. Die auf ihn folgende Entwicklung wurde nun speziell unter dem Aspekt der durch den Kalten Krieg verur-

sachten Fehler und Versäumnisse kritisiert. Es begann die Prüfung unzähliger Kontinuitäten alten Unrechts samt des mit ihnen verbundenen materiellen Nutzens. Bekanntlich reichten die Untersuchungen von Raubgold über nicht restituierte Kulturgüter bis zu unentschädigt gebliebener Zwangsarbeit.

Damit wurde die Bundesregierung völlig unerwartet mit einem Thema konfrontiert, das bei den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen ihre ureigene Sache hätte sein müssen. Sie hatte es jedoch vorgezogen, die von Deutschland Geschädigten in großem Stil zu prellen. Diese Absicht änderte sie auch jetzt nicht grundlegend. Sie schickte zur Londoner Raubgold-Konferenz im Unterschied zu anderen Staaten, die mit führenden Regierungsmitgliedern vertreten waren, nur untergeordnetes Personal. Auch vermied sie es, Untersuchungskommissionen zur Klärung offener Entschädigungs- und Reparationsfragen einzusetzen, während Dutzende Staaten weltweit eben dies taten.

Erst die Einbeziehung des Allianz-Konzerns in eine Sammelklage gegen europäische Versicherungen, die Aufdeckung der hervorgehobenen Rolle der Dresdner und der Deutschen Bank im Raubgold-Handel und die Sammelklagen in den USA gegen deutsche Unternehmen wegen ihrer Rolle im nazistischen Zwangsarbeitssystem bewirkten eine Änderung dieser Haltung. Sie führte zur Gründung der Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft«, die nicht gemäß den nicht entschädigten Nazi-Verbrechen strukturiert war, sondern in die letztlich alle Geschädigtengruppen einbezogen wurden, von denen eine Klageerhebung in den USA drohte. Obwohl das mit Mühe aufgebrachte Stitungskapital nicht ausreichte, um den ursprünglichen Entschädigungszusagen nachzukommen, erklärte die Bundesregierung, mit diesem Abkommen sei die Entschädigungspolitik nun endgültig zum Abschluss gekommen, und zweigte gleichzeitig einen großen Betrag für erinnerungspolitische Aktivitäten ab. Der US-Chefunterhändler Stuart Eizenstat zog das Fazit: »Sie (die Deutschen) wussten, dass sie vielleicht vor amerikanischen Gerichten gewinnen, aber möglicherweise vor dem Tribunal der öffentlichen Meinung des größten Marktes der Welt verlieren konnten. Sie wollten die Fälle so schnell und billig wie möglich vom Tisch haben, um einen Schatten von ihrer Geschäftsfähigkeit in den USA zu nehmen.«

Dennoch hatten sich die Deutschen damit einen Platz beim Schlussakt der US-Initiative gesichert. Anders als bei den Konferenzen zuvor, bei denen es um Restitutions- und Entschädigungsfragen gegangen war, reisten Bundeskanzler Schröder und sein Kulturstatsminister im Jahr 2000 persönlich zur Holocaust-Konferenz nach Stockholm. Der Platz an der Seite der Sieger eröffnete nicht nur weltpolitische Einflussmög-

lichkeiten, sondern er schien auch den Blick zurück durch den Blick nach vorne ablösen zu können. Rund 600 Delegierte aus 46 Ländern, darunter 20 Regierungschefs, nahmen an der Konferenz teil.

Generell ging es um die Etablierung des Holocaust als zentralen Orientierungspunkt europäischer und darüber hinaus weltweiter »Erinnerungskultur«. Ein heute selbstverständlich anmutendes Ergebnis war der Appell, den 27. Januar als Jahrestag der Befreiung von Auschwitz zu einem weltweiten Gedenk- und Erinnerungstag zu machen. Daneben wurden verschiedene bildungspolitische Initiativen beschlossen.

Darüber hinaus rief die verabschiedete Stockholm Declaration zur Bekämpfung von Völkermord, ethnischen Säuberungen, Rassismus, Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit auf. Gegen eine Formulierung solcher Ziele ist von der Sache her nichts einzuwenden. Doch stellt sich die Frage nach ihrer Durchsetzung. In einer Videoschleife während der Konferenz sprach US-Präsident Clinton sich explizit für Menschenrechtsinterventionen aus. Damit wurde ein Weg be-

Erinnerungspolitik diesen Zuschnitts taugt offensichtlich auch für Kriegspropaganda

schritten, an der Uno als zentraler aus dem Zweiten Weltkrieg hervorgegangener Konfliktregelungsinstitution vorbei nach westlichen Vorstellungen internationale militärische Interventionen zu rechtfertigen. Mit diesem westlichen Sonderrecht begann die Zeit der »Menschenrechtskriege« samt begleitendem »Nation Building«.

Der instrumentelle Charakter dieser Politik zeigt sich eindrucksvoll am Beispiel der BRD. Denn sie hat über Jahrzehnte hinweg konsequent alle Voraussetzungen für deren Legitimierung ignoriert. Das wurde gerade in den letzten Jahren noch einmal durch die hartnäckige Verweigerung von Entschädigungszahlungen für die Massaker der Wehrmacht insbesondere in Griechenland und Italien deutlich. Ein solches historisches Versagen hielt den damaligen Kulturstaatsminister Naumann allerdings nicht davon ab, sich in Stockholm mit dem Vorschlag hervorzuheben, man müsse einen »Wachdienst für die Weltgemeinschaft« und »Völkermordfrühwarnrichtungen« schaffen.

Der pseudomoralische Alarmismus zeigt sich vor dem Hintergrund des Ukraine-

Kriegs und mit Blick auf ihn auch im Jahr 2025: Diesmal fand das Holocaustgedenken am 27. Januar in Räumlichkeiten der Bundesmarine in Kiel statt, die noch von den letzten beiden Weltkriegen geprägt waren. Und für den Bundestag hatte man jemanden gefunden, der den Ukraine-Krieg und die Rolle Russlands darin mit dem Weltkrieg der Nazis in Beziehung setzte (siehe konkret 3/25). Erinnerungspolitik diesen Zuschnitts taugt offensichtlich auch für Kriegspropaganda.

Für ein fortschrittliches Politikverständnis ergeben sich hieraus zwei Schlussfolgerungen. Anders als zur Zeit, in der die Forderung nach Erinnerung und Aufarbeitung der vorherrschenden Erinnerungsverweigerung gegenübergestellt werden musste, reicht es heute nicht mehr, das Erinnern für sich genommen positiv zu werten. Mit Blick auf das damalige, weitestgehend aus dem Nationalsozialismus übernommene Personal war sowohl das Insistieren aufs Erinnern im allgemeinen als auch das Aufdecken individueller Beteiligungen an den Verbrechen im einzelnen in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik eine nachvollziehbare antifaschistische Aufgabe. Heute sollte allerdings geprüft werden, ob es sich bei der geschichtspolitischen Umorientierung seit Ende der achtziger Jahre nicht einfach um die Aufgabe von Positionen handelt, die auf Grund veränderter Umstände wie personeller Neubesetzungen keine Relevanz mehr haben und deshalb ohne nachteilige Folgen für den Fortgang der Geschäfte fallengelassen werden. Auch ist zu fragen, ob nicht Modernisierungen stattfinden, die alte – problematische oder sogar falsche – Positionen lediglich in neuer Form präsentieren und damit die alten Kontroversen überdecken. Dies gilt unter anderem für den Bereich der Biopolitik mit seiner Vorgeschichte von Zwangssterilisierung und »Euthanasie«.

Die Problematik der veränderten staats-offiziellen Erinnerungspolitik kulminiert in der Frage nach der Stellung des Holocaust. Gerade weil er eine exzeptionelle Bedeutung für die Aufarbeitung der Moderne hat, ist seine gegenwärtige Instrumentalisierung für die Interessen westlicher Politik nicht hinnehmbar. Das betrifft nicht nur die notwendige Kritik an der Politik, zu deren Legitimierung er herangezogen wird. Sondern es betrifft vor allem die Tatsache, dass die Singularität des Holocaust durch seine politische Vernutzung unkenntlich gemacht wird. Über die Auseinandersetzungen hinaus, die etwa von den Theoretikern des Postkolonialismus provoziert werden, ist deshalb das Insistieren auf seiner Bedeutung für unsere Gegenwart und die Gestaltung der Zukunft eine entscheidende Aufgabe.

Rolf Surmann schrieb in konkret 8/25 über die Geschichtspolitik der frühen BRD

Sonntag, 14. September 2025
13:00 - 19:00 Uhr

Tag der Erinnerung und Mahnung

Podien

„Verbale Brandstiftung – Sprechen wir noch/wieder Nazideutsch?“

„Ausgrenzung – Fragmentierung der Gesellschaft von Rechts“

Kai & Funky von
Live TON STEINE SCHERBEN
feat. Birte Volta

mit 
Fahrradhorsos
zur gemeinsamen
Anreise






Ort: Herrfurthplatz (Berlin-Neukölln)

Berliner VVN-BdA
tag-der-mahnung.vvn-bda.de



Hol dir das analyse & kritik Vorteilsabo!



-  nicht von Millionär*innen finanziert wie Nazis
-  kein Spekulationsobjekt großer Investor*innen
-  kein Produkt, das Profit abwerfen soll, sondern politisches Werkzeug für linke Bewegungen

Jeden Monat radikaler linker Journalismus:

www.akweb.de/abo

Jetzt auch als Podcast!